

No. 32542

**GERMANY
and
ROMANIA**

Agreement concerning navigation on inland waterways (with protocol). Signed at Bonn on 22 October 1991

Authentic texts: German and Romanian.

Registered by Germany on 8 February 1996.

**ALLEMAGNE
et
ROUMANIE**

Accord relatif à la navigation sur les voies d'eau intérieures (avec protocole). Signé à Bonn le 22 octobre 1991

Textes authentiques : allemand et roumain.

Enregistré par l'Allemagne le 8 février 1996.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN ZWISCHEN DER REGIERUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND DER REGIERUNG VON RUMÄNIEN ÜBER DIE SCHIFFFAHRT AUF DEN BINNENWASSERSTRASSEN

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung von Rumänien —

von dem Wunsche geleitet, den Schiffsverkehr auf den Binnenwasserstraßen der Vertragsparteien weiter zu entwickeln,

eingedenk der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, insbesondere ihrer Bestimmungen über die Entwicklung des Verkehrswesens —

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Im Sinne dieses Abkommens sind:

- a) „Deutsche Schiffe“: die in einem deutschen Binnenschiffregister eingetragenen Binnenschiffe, mit denen Personen- und/oder Güterverkehr ohne besondere Fahrerlaubnis betrieben werden kann;
- b) „Rumänische Schiffe“: die in einem rumänischen Schiffregister eingetragenen und unter rumänischer Flagge fahrenden Binnenschiffe, mit denen Personen- und/oder Güterverkehr betrieben wird;
- c) „Trägerschiffsleichter“: Schiffe nach den Buchstaben a und b, die unbemannte und nichtmotorisierte Leichter sind;
- d) „Schiffahrtsunternehmen“: schiffahrtreibende Unternehmen/Gesellschaften oder Unternehmer, die ihren ständigen Firmen- oder Wohnsitz im Hoheitsgebiet einer der beiden Vertragsparteien haben;
- e) „Zuständige Behörden“: der Bundesminister für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland und das Ministerium für Verkehr von Rumänien, soweit sie sich nicht gegenseitig andere Behörden oder Stellen als zuständig mitteilen;

- f) „Häfen“: die Häfen und die amtlich genehmigten Umschlagstellen sowie die Anlegestellen der Personenschifffahrt in den Hoheitsgebieten der Vertragsparteien.

Artikel 2

(1) Nach Maßgabe der Artikel 3 bis 6 dürfen deutsche Schiffe die rumänischen Binnenwasserstraßen und rumänische Schiffe die deutschen Binnenwasserstraßen befahren sowie die Häfen und amtlich zugelassenen Liegestellen benutzen.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend auch für den Transport von schwimmenden Geräten und Schwimmkörpern sowie für das Überführen von Schiffsneubauten.

(3) Die Schiffahrt regelt sich nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften der Vertragspartei, deren Binnenwasserstraßen befahren werden.

Artikel 3

(1) Deutsche und rumänische Schiffe dürfen Personen und/oder Güter zwischen einem deutschen Hafen und einem rumänischen Hafen sowie umgekehrt über die sie verbindenden Binnenwasserstraßen befördern (Wechselverkehr).

(2) Im Wechselverkehr dürfen deutsche und rumänische Schiffe Personen und/oder Güter zwischen einem Hafen in dem Hoheitsgebiet der einen Vertragspartei und einem der folgenden Häfen in dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei sowie umgekehrt befördern:

- a) einem Seehafen;
- b) einem Hafen, der auf dem direkten Weg zu einem Seehafen liegt;
- c) einem Hafen, den die zuständige Behörde auf Vorschlag des Gemischten Ausschusses (Artikel 15) benannt hat.

(3) Die zuständige Behörde jeder Vertragspartei kann nach Beratung im Gemischten Ausschuß in Ausnahmefällen aus technischen Gründen oder aus Gründen der Schiffssicherheit für das Befahren ihrer Wasserstraßen im Wechselverkehr Höchstzahlen der Fahrten festsetzen.

(4) Im Wechselverkehr sind die Schiffahrten beider Seiten im Jahresverlauf kontinuierlich je zur Hälfte am Ladungsaufkommen zu beteiligen. Die Aufteilung erfolgt auf der Basis der Ladungstonnen. Soweit die Schiffahrtsunternehmen einer Seite nicht in der Lage sind, ihren Anteil zu befördern, haben sie zunächst diese Menge den Schiffahrtsunternehmen der anderen Seite ohne Anrechnung auf deren Quote zur Beförderung anzubieten.

(5) Auf Antrag einer Vertragspartei sind auf Vorschlag des Gemischten Ausschusses wirtschaftlich auskömmliche Mindest-/Höchstfrachten und die mit ihnen zusammenhängenden Bedingungen verbindlich zu vereinbaren.

(6) Andere als die in Artikel 1 Buchstaben a und b genannten Schiffe werden zur Teilnahme am Wechselverkehr zwischen den Häfen beider Seiten nur so weit zugelassen, als dies auf Vorschlag des Gemischten Ausschusses vereinbart wird.

(7) Die Teilnahme von Schiffen aus einem dritten Land am Verkehr zwischen den Häfen beider Seiten geht zu Lasten der Quote der abgebenden Seite.

Artikel 4

(1) Deutsche und rumänische Schiffe dürfen Personen und/oder Güter durch das Hoheitsgebiet der jeweils anderen Vertragspartei auf den Streckenabschnitten befördern, die auf der Grundlage eines Vorschlags des Gemischten Ausschusses von den zuständigen Behörden vereinbart werden (Transitverkehr).

(2) Auf Antrag einer Vertragspartei kann von den zuständigen Behörden auf der Grundlage eines Vorschlags des Gemischten Ausschusses eine quotenmäßige Beteiligung der Schiffahrtsunternehmen beider Seiten am Güterverkehr nach Absatz 1 vereinbart werden. Dies hat insbesondere dann zu erfolgen, wenn die Schiffe einer Seite von diesem Güterverkehr ausgeschlossen werden.

(3) Jede Vertragspartei kann nach Beratung im Gemischten Ausschuß in Ausnahmefällen aus technischen Gründen oder aus Gründen der Schiffssicherheit für das Befahren ihrer Wasserstraßen im Transitverkehr Höchstzahlen der Fahrten festsetzen.

Artikel 5

Deutsche und rumänische Schiffe dürfen Personen und/oder Güter zwischen einem Hafen der anderen Seite und einem Hafen in einem dritten Land und umgekehrt (Drittlandverkehr) nur aufgrund einer besonderen Erlaubnis der jeweils zuständigen Behörde befördern.

Artikel 6

Die Beförderung von Personen und/oder Gütern zwischen Häfen im Hoheitsgebiet der jeweils anderen Vertragspartei (Kabotage) ist nur aufgrund einer besonderen Erlaubnis der zuständigen Behörden gestattet.

Artikel 7

(1) Jede Vertragspartei wird auf ihrer Donaustrecke das jeweils von der anderen Vertragspartei ausgestellte Befähigungszeugnis für die Besatzung (einschließlich das des Schiffsführers) sowie das Schiffsattest anerkennen.

(2) Für die Schiffahrt auf den anderen Binnenwasserstraßen – ausgenommen Rhein, Mosel und Seeschiffahrtsstraßen, für die Sondervorschriften bestehen – werden die zuständigen Behörden gegen Vorlage der in dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei erworbenen Urkunden und Bescheinigungen, die sich auf das Schiff, seine Besatzung und Ladung beziehen (z. B. Schiffsattest und Schifferpatente), die in ihrem Land vorgeschriebenen Urkunden und Bescheinigungen ausstellen. Voraussetzung dafür ist, daß die Urkunden und Bescheinigungen in dem Hoheitsgebiet einer Vertragspartei unter Bedingungen erteilt worden sind, die den im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei geltenden Vorschriften genügen.

Artikel 8

Schiffe dürfen gefährliche Güter nur dann befördern, wenn sie hierfür das für die jeweilige Wasserstraße vorgeschriebene gültige Zulassungszeugnis besitzen.

Artikel 9

Jede Vertragspartei wird die Schiffe der anderen Seite bei Inanspruchnahme der ihnen nach den Artikeln 2 bis 6 gewährten Verkehrsrechte ebenso behandeln wie Schiffe der eigenen Seite; das gilt insbesondere:

- a) bei der Erhebung öffentlicher Schiffahrts- und Hafenabgaben;
- b) bei der Benutzung öffentlicher Hafeneinrichtungen, Liegestellen, Schleusen und ähnlicher Schiffahrtsanlagen;
- c) bei der Abfertigung durch die zuständigen Behörden;
- d) bei der Treibstoff- und Schmiermittelversorgung.

Artikel 10

Jede Vertragspartei gewährt den Schiffen der anderen Seite hinsichtlich der Zollbehandlung des an Bord mitgeführten Mund- und Schiffsvorrats die gleiche Behandlung wie Schiffen der eigenen Seite. Entsprechendes gilt für die auf den Schiffen zu verwendenden Treib- und Schmierstoffe.

Artikel 11

(1) Die Schiffahrtsunternehmen beider Seiten dürfen im Hoheitsgebiet der jeweils anderen Vertragspartei unter Beachtung des dort geltenden Rechts und nach Genehmigung durch die zuständige Behörde auf der Grundlage der Gegenseitigkeit Agenturen zur Betreuung von Schiffen und Besatzungen errichten.

(2) Die Schiffahrtsunternehmen beider Seiten können zur Förderung der Wirtschaftlichkeit ihres Verkehrs miteinander Vereinbarungen über die betriebliche, technische und kommerzielle Zusammenarbeit treffen.

Artikel 12

Die Schiffahrtsunternehmen beider Seiten haben das Recht, die Differenz, die sich aus den Einnahmen und Ausgaben für die Beförderung von Personen und Gütern ergibt, an den Sitz dieser Unternehmen frei zu transferieren. Die Transferierung wird auf der Grundlage der amtlichen Wechselkurse unverzüglich in einer konvertierbaren Währung vorgenommen. Ist die Zahlungsart in einem Zahlungsabkommen zwischen den Vertragsparteien geregelt, so ist dieses anzuwenden.

Artikel 13

(1) Die Besatzungsmitglieder der deutschen und rumänischen Schiffe benötigen zum Grenzübertritt ein Reisedokument und eine Aufenthaltsgenehmigung in der Form eines Sichtvermerks (Visum).

(2) Auf den Güterschiffen dürfen sich grundsätzlich nur Besatzungsmitglieder befinden. Auf Personen- und/oder Güterschiffen können zusammen mit den Besatzungsmitgliedern auch deren Ehegatten und deren unverheiratete minderjährige Kinder ein- und ausreisen, wenn sie im Besitz des in Absatz 1 genannten Dokuments und eines Sichtvermerks sind. Kinder unter 16 Jahren können im Reisedokument eines ihrer Elternteile eingetragen werden.

(3) Auf der Donau benötigen die Besatzungsmitglieder der deutschen und rumänischen Schiffe für den Grenzübertritt und den Aufenthalt an Bord sowie im Hafengelände der an der Donau gelegenen Häfen keinen Sichtvermerk, wenn sie Inhaber eines Donauschifferausweises und in der Besatzungsliste eingetragen sind. Das gleiche gilt für die in den Donauschifferausweisen eingetragenen Ehegatten der Besatzungsmitglieder und deren Kinder unter 16 Jahren.

(4) Sämtliche in den Absätzen 1 bis 3 aufgeführten Personen an Bord müssen in eine Besatzungsliste eingetragen sein.

(5) Die Vertragsparteien tauschen Muster der in den Absätzen 1 und 3 bezeichneten Dokumente aus.

(6) Soweit Rechtsvorschriften einer Vertragspartei über Einreise und Aufenthalt von Ausländern günstigere Regelungen enthalten, gehen diese vor.

Artikel 14

(1) Die Schiffe beider Seiten dürfen an folgenden Stellen bei Tag und Nacht stillliegen:

- a) im Lade- und Löschhafen;
- b) in Häfen auf der Fahrtstrecke einschließlich der Grenzhäfen;
- c) an den durch die Verkehrsordnung zugelassenen Stellen auf der Fahrtstrecke,

soweit die Zollbehörden nicht besondere Anlegestellen bestimmt haben.

(2) Im Falle einer Havarie, eines Unfalls, einer schweren Krankheit einer Person an Bord oder aus anderen Gründen, die die Weiterfahrt unmöglich machen, können die Schiffe an jeder geeigneten Stelle anlegen. In solchen Fällen hat der Schiffsführer oder eine von ihm bevollmächtigte Person umgehend die nächste Grenz-, Zoll- oder Polizeibehörde zu unterrichten.

(3) Die zuständigen Stellen beider Vertragsparteien leisten bei Havarien oder Unfällen, an denen Schiffe oder Personen der anderen Seite beteiligt sind, die notwendige Hilfe. Dies gilt auch bei Erkrankungen, die sofortige ärztliche Hilfe erfordern.

(4) Bei schweren Havarien oder Unfällen von Schiffen oder Personen einer Seite auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei wird die Vertragspartei, auf deren Hoheitsgebiet dieses Ereignis geschehen ist, unverzüglich die andere Vertragspartei davon verständigen, die erforderlichen Maßnahmen für die Untersuchung der Ursachen des Ereignisses treffen sowie die andere Vertragspartei über die Ergebnisse unterrichten und die Protokolle, die für die Schadensregulierung erforderlich sind, übermitteln.

Artikel 15

(1) Für die Erfüllung und die Überwachung der Anwendung dieses Abkommens wird ein Gemischter Ausschuß gebildet. Dem Gemischten Ausschuß gehören je drei bevollmächtigte Vertreter jeder Seite an, die vom Bundesminister für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland beziehungsweise vom Minister für Verkehr der Regierung von Rumänien bestimmt werden.

Von seiten der Bundesrepublik Deutschland werden dem Gemischten Ausschuß ein Vertreter des Bundesministers für Verkehr als Delegationsleiter sowie je ein vom Bundesminister für Verkehr benannter Vertreter der Schifffahrtsunternehmen und der verladenden Wirtschaft angehören.

Zur Prüfung einzelner Fragen kann jede Seite Sachverständige hinzuziehen.

Der Gemischte Ausschuß erarbeitet und bestätigt auf seiner ersten Sitzung eine Geschäftsordnung für seine Tätigkeit.

(2) Der Gemischte Ausschuß hat insbesondere die Aufgabe,

- a) den zuständigen Behörden Vorschläge zu machen für die
 - Festlegung der Transitwasserstraßen (Artikel 4 Absatz 1),
 - quotenmäßige Beteiligung (Artikel 4 Absatz 2),
 - Festlegung der Binnenhäfen (Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe c),
 - Festsetzung von Mindest-/Höchstrachten und die mit ihnen zusammenhängenden Bedingungen (Artikel 3 Absatz 5),
 - Anpassung dieses Abkommens an die Entwicklung des Binnenschiffsverkehrs und Lösung aller Fragen, die sich aus der Anwendung dieses Abkommens ergeben,
 - Zulassung von Schiffen aus dritten Ländern zum Wechselverkehr;
- b) Beratungen durchzuführen über Möglichkeiten der Festsetzung von Höchstzahlen der Fahrten im Wechselverkehr (Artikel 3 Absatz 3) und im Transitverkehr (Artikel 4 Absatz 3);
- c) den Verkehr der Schiffe beider Seiten statistisch zu erfassen;
- d) die Einhaltung der nach Buchstabe a getroffenen Vereinbarungen und die Anwendung der Artikel 9, 10 und 11 zu überwachen und
- e) die Transportgüter auf die Schifffahrtsunternehmen beider Seiten gemäß Artikel 3 Absatz 4 erforderlichenfalls aufzuteilen und die Ladungsaufteilung zu überwachen.

(3) Mindest-/Höchstrachten einschließlich der mit ihnen zusammenhängenden Bedingungen, auf die sich der Gemischte Ausschuß geeinigt hat, sind von diesem den zuständigen Behörden zur Genehmigung vorzulegen. Die zuständigen Behörden vereinbaren die Inkraftsetzung dieser Beschlüsse des Gemischten Ausschusses und teilen einander unverzüglich mit, wann sie nach dem innerstaatlichen Recht in Kraft treten.

(4) Die auf der Grundlage der Vorschläge nach Absatz 2 Buchstabe a und Absatz 3 vorgesehenen Vereinbarungen kommen dadurch zustande, daß sich die zuständigen Behörden ihr Einverständnis mit den ihnen vom Gemischten Ausschuß unterbreiteten Vorschlägen gegenseitig mitteilen.

(5) Kann eine Einigung im Gemischten Ausschuß nicht erzielt werden, treten auf Antrag einer Vertragspartei die Vertreter der zuständigen Behörden beider Vertragsparteien innerhalb von vier Wochen zur Konsultation zusammen.

Artikel 16

Die zuständigen Behörden werden dem Gemischten Ausschuß auf sein Ersuchen diejenigen Unterlagen übermitteln, deren er zur Erfüllung seiner Aufgaben nach Artikel 15 bedarf.

Artikel 17

Die Sportfahrzeuge beider Seiten können die Binnenwasserstraßen beider Vertragsparteien unter Beachtung des jeweiligen dort geltenden Rechts benutzen.

Artikel 18

Die Rechte und Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland aus der Mannheimer Akte von 1868 gegenüber den Vertragsstaaten dieser Akte und die Rechte und Verpflichtungen von Rumänien aus der Belgrader Donau-Konvention von 1948 gegenüber den Vertragsparteien dieser Konvention werden durch dieses Abkommen nicht berührt.

Artikel 19

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

(2) Dieses Abkommen tritt 30 Tage nach dem Tage in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander schriftlich auf diplomatischem Weg mitgeteilt haben, daß die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind.

(3) Dieses Abkommen kann von jeder Vertragspartei mit einer Frist von sechs Monaten vor Ende eines Kalenderjahrs schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt werden. In diesem Fall tritt das Abkommen mit Ablauf dieses Kalenderjahrs außer Kraft.

(4) Das beigefügte Protokoll ist Bestandteil dieses Abkommens.

Geschehen zu Bonn am 22. Oktober 1991 in zwei Urschriften,
jede in deutscher und rumänischer Sprache, wobei jeder Wortlaut
gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland:

MARIO V. MATUSCHKA
GÜNTHER KRAUSE

Für die Regierung
von Rumänien:

R. COMSA

PROTOKOLL

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung von Rumänien haben anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens über die Schifffahrt auf den Binnenwasserstraßen folgende Vereinbarungen getroffen, die als Bestandteile des Abkommens gelten:

1. Verkehrsrechte

Um eine einheitliche Anwendung des Abkommens zu gewährleisten, haben sich die Vertragsparteien geeinigt, von folgendem inhaltlichen Verständnis der Verkehrsrechte auszugehen:

(1) Wechselverkehr:

Beförderung von Personen und/oder Gütern mit einem Schiff einer der Seiten von dem Hoheitsgebiet der einen Vertragspartei in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei über ausschließlich solche Binnenwasserstraßen, welche die Hoheitsgebiete beider Vertragsparteien miteinander verbinden.

(2) Transitverkehr:

Beförderung von Personen und/oder Gütern mit einem Schiff der einen Seite auf Binnenwasserstraßen durch das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, ohne daß dabei auf der Durchfahrt Personen zu- oder aussteigen, beziehungsweise ohne dabei Güter zu laden oder zu löschen.

(3) Drittlandverkehr:

Beförderung von Personen und/oder Gütern mit einem Schiff der einen Seite von einem dritten Land in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei oder umgekehrt.

(4) Kabotage:

Beförderung von Personen und/oder Gütern mit einem Schiff der einen Seite zwischen Lade- und Löschplätzen an Binnenwasserstraßen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei.

Für die Beurteilung, welches Verkehrsrecht in Anspruch genommen wird, ist die Beförderungsleistung des jeweiligen Schiffes maßgebendes Kriterium und nicht die Herkunft und der Zielort des Beförderungsguts.

2. Die in Artikel 1 des Abkommens erwähnte besondere Fahrt-erlaubnis ergibt sich aus Artikel 2 Binnenschiffahrtsaufgaben-gesetz vom 4. August 1986 (BGBl. I S. 1271).
3. Beide Vertragsparteien werden den in Artikel 13 Absatz 5 vorgesehenen Austausch von Dokumenten vor Inkrafttreten des Abkommens vollziehen.
4. Für solche Transitverkehre, die auf den Hoheitsgebieten beider Vertragsparteien weder beginnen noch enden, wird auf Ersuchen einer Vertragspartei und auf der Grundlage eines

Vorschlags des Gemischten Ausschusses eine quotenmäßige Beteiligung der Schiffahrtsunternehmen beider Seiten vereinbart.

Geschehen zu Bonn am 22. Oktober 1991 in zwei Urschriften, jede in deutscher und rumänischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland:

MARIO V. MATUSCHKA
GÜNTHER KRAUSE

Für die Regierung
von Rumänien:

R. COMSA

[ROMANIAN TEXT — TEXTE ROUMAIN]

**ACORD ÎNTRE GUVERNUL REPUBLICII FEDERALE GERMANIA
ȘI GUVERNUL ROMÂNIEI PRIVIND NAVIGAȚIA PE CĂILE
NAVIGABILE INTERRIOARE**

Guvernul Republicii Federale Germania

și

Guvernul României,

în dorința de a promova dezvoltarea navegației pe căile navigabile interioare ale Părților contractante,

luând în considerare Actul final al Conferinței pentru securitate și cooperare în Europa, în special prevederile acestuia privind dezvoltarea transporturilor,

au convenit următoarele:

Articolul 1

In sensul prezentului Acord sunt:

- a) "Nave germane": nave fluviale înregistrate într-un registru german de nave fluviale, cu care poate fi efectuat transportul de pasageri și/sau mărfuri fără o autorizație specială de navegație;
- b) "Nave românești": nave fluviale înregistrate într-un registru român de nave, care navează sub pavilion român și cu care se efectuează transportul de pasageri și/sau de mărfuri;
- c) "Barje pentru nave port-barje": nave coniform literelor (a) și (b), care sunt fără echipaj și fără propulsie proprie;
- d) "Intreprinderi de navegație": întreprinderi/societăți de navegație sau armatori care au sediul permanent al firmei sau domiciliul permanent pe teritoriul uneia din cele două Părți contractante;
- e) "Autorități competente": Ministerul Federal al Transporturilor al Republicii Federale Germania și Ministerul Transporturilor al României, dacă nu se vor comunica reciproc alte autorități sau organe competente;
- f) "Porturi": porturile și locurile de transbordare mărfuri autorizate oficial, precum și locurile de acostare pentru nave de pasageri situate pe teritoriile Părților contractante.

Articolul 2

(1) În conformitate cu articolele 3–6, navele germane pot naviga pe căile navigabile interioare românești și navele românești pot naviga pe căile navigabile interioare germane și pot folosi porturile și locurile de acostare autorizate oficial.

(2) Prevederile paragrafului (1) se aplică în mod corespunzător și transportului de utilaje și de corpuri plutitoare, precum și tranzitării navelor nou construite.

(3) Navigația se reglementează potrivit legislației naționale a Părții contractante ale cărei căi navigabile se utilizează.

Articolul 3

(1) Navele germane și românești pot transporta pasageri și/sau mărfuri între un port german și un port românesc, precum și invers, pe căile navigabile interioare care le leagă (transport direct).

(2) În transportul direct, navele germane și românești pot transporta pasageri și/sau mărfuri între un port de pe teritoriul unei Părți contractante și unul dintre următoarele porturi de pe teritoriul celeilalte Părți contractante, precum și invers:

- a) un port maritim;
- b) un port situat pe drumul direct spre un port maritim;
- c) un port, indicat de Autoritățile competente, la propunerea Comisiei mixte (prevăzută la art. 15).

(3) În cazuri excepționale din motive tehnice sau din motive de siguranță a navigației, Autoritatea competentă a fiecărei Părți contractante poate stabili, după o consultare în cadrul Comisiei mixte, un număr maxim de voaie pentru folosirea căilor lor navigabile la transportul direct.

(4) În transportul direct, întreprinderile de navigație ale celor două Părți, vor participa în mod continuu, pe toată durata anului în proporții egale la volumul de transport. Repartizarea urmează să fie efectuată pe baza tonajului încărcăturii. În cazul în care întreprinderile de navigație ale unei Părți nu pot prelua la transport cota parte ce le revine, acestea urmează să ofere, în primă instanță, această cantitate întreprinderilor de navigație ale celeilalte Părți, fără ca această cantitate să fie considerată cota-partă de transport a acestei Părți.

(5) La cererea unei Părți contractante, urmează să se convină în mod obligatoriu, la propunerea Comisiei mixte, navluri minime/maxime eficiente din punct de vedere economic și condițiile aferente acestora.

(6) Alte nave decit cele mentionate la articolul 1 literele (a) si (b) vor fi admise sa participe la transportul direct intre porturile celor doua Parii numai in masura in care acest lucru se convine la propunerea Comisiei mixte.

(7) Participarea navelor dintr-o terfa fara la transportul intre porturile celor doua Parii se face pe seama cotei Parii expediatoare.

Articolul 4

(1) Navele germane si romanesti pot transporta pasageri si/sau marfuri pe teritoriul celeilalte Parii contractante pe sectoarele convenite de Autoritatile competente in baza unei propunerii a Comisiei mixte (transport in tranzit).

(2) La cererea unei Parii contractante, Autoritatile competente pot conveni, in baza unei propunerii a Comisiei mixte, asupra unei participari la transportul de marfuri, conform paragrafului (1), a intreprinderilor de navigatie ale celor doua Parii, sub forma de cote-parii. Aceasta trebuie sa se efectueze in special atunci cand navele unei Parii sunt excluse de la participare la acest transport de marfuri.

(3) In cazuri exceptionale din motive tehnice sau din motive de siguranta a navigatiei, fiecare Parte contractanta poate stabili, dupa o consultare in cadrul Comisiei mixte, un numar maxim de voiaje pentru folosirea calilor lor navigabile la transportul in tranzit.

Articolul 5

Navele germane si romanesti pot transporta pasageri si/sau marfuri intre un port al celeilalte Parii si un port dintr-o terfa fara si invers (transport in terfa fara) numai in baza unei autorizatii speciale eliberate de Autoritatile competente.

Articolul 6

Transportul de pasageri si/sau de marfuri intre porturile situate pe teritoriul celeilalte Parii contractante (cabotaj) este permis numai in baza unei autorizatii speciale eliberate de Autoritatile competente.

Articolul 7

(1) Fiecare Parte contractanta, pe portiunea sa de Dunare, va recunoaste certificatele de capacitate pentru echipaj (inclusiv pentru capitani) eliberate de cealalta Parte contractanta, precum si atestatul de bord.

(2) Pentru navigația pe celealte căi navigabile interioare, cu excepția Rinului, Moselei și căilor navigabile maritime pentru care există reglementări speciale, Autoritățile competente vor elibera documentele și certificatele prevăzute în țările lor, la prezentarea documentelor și certificatelor referitoare la navă, echipajul și încărcătura acesteia (de exemplu: atestatul de bord și brevetele navigatorilor) eliberate pe teritoriul celeilalte Părți contractante. Premisa pentru aceasta este ca documentele și certificatele să fie eliberate pe teritoriul unei Părți contractante în condiții care corespund reglementărilor în vigoare pe teritoriul celeilalte Părți contractante.

Articolul 8

Navele pot transporta mărfuri periculoase numai în cazul cind posedă în acest scop autorizația valabilă prevăzută pentru calea navigabilă respectivă.

Articolul 9

Fiecare Parte contractantă va acorda navelor celeilalte Părți același regim ca și navelor proprii, privind exercitarea drepturilor de transport acordate conform articolelor 2–6; această prevedere se aplică în special:

- a) prelevării taxelor publice de navigație și taxelor portuare;
- b) folosirii amenajărilor portuare, locurilor de acostare, ecluselor și altor instalații navale asemănătoare publice;
- c) întocmirii formalităților de către Autoritățile competente;
- d) aprovizionării cu combustibili și lubrifianti.

Articolul 10

Fiecare Parte contractantă va acorda navelor celeilalte Părți același regim ca și navelor proprii privind regimul vamal al proviziilor echipaiului și navai, a flotei la bord. Aceeași prevedere se aplică combustibililor și lubrifiantilor destinați consumului navelor.

Articolul 11

(1) Întreprinderile de navigație ale celor două Părți pot înființa pe teritoriul celeilalte Părți contractante, pe bază de reciprocitate, agenții pentru prestații de servicii la nave și echipaje, cu respectarea legislației naționale respective în vigoare și cu aprobarea Autorității competente.

(2) Intreprinderile de navigație ale celor două Părți pot conveni, în vederea promovării rentabilității transportului, asupra unor înțelegeri privind cooperarea în exploatare, tehnică și comercială.

Articolul 12

Intreprinderile de navigație ale celor două Părți au dreptul să transfere liber, la sediul lor, diferența care rezultă dintr-încasările și cheltuielile pentru transportul pasagerilor și mărfurilor. Transferarea se va efectua neîntârziat, într-o valută convertibilă, pe baza cursurilor oficiale de schimb. În cazul în care sistemul de plăti este reglementat printr-un Acord între Părțile contractante, se vor aplica prevederile acestui Acord.

Articolul 13

(1) La trecerea frontierei, membrii echipajelor navelor germane și românești au nevoie de un document de călătorie și de un permis de sedere sub forma unei vize (viză).

(2) În principiu, pe navele de mărfuri pot să se afle numai membri ai echipajului. Pe navele de pasageri și/sau de mărfuri pot intra în și ieși din țară, împreună cu membrii echipajului, și soții și copiii minori necăsătoriți ai acestora, dacă sunt în posesia documentului menționat în paragraful (1) și a unei vize. Copiii sub 16 ani pot fi înscrîși în documentul de călătorie al unuia din părinții lor.

(3) Pe Dunăre, membrii echipajelor navelor germane și românești nu au nevoie de nici o viză pentru trecerea frontierei și pentru sederea la bord, precum și în incintele porturilor situate pe Dunăre, dacă sunt în posesia unui document de navigator pe Dunăre și sunt înscrîși pe lista de echipaj. Aceeașă prevedere este valabilă pentru soții membrilor echipajului și copiii sub 16 ani ai acestora, înscrîși în documentele de navigator de Dunăre.

(4) Toate persoanele aflate la bord, menționate în paragrafele 1–3, trebuie să fie înscrise pe lista de echipaj.

(5) Părțile contractante vor efectua un schimb de modele ale documentelor menționate în paragrafele 1 și 3.

(6) În măsura în care reglementările legale ale unei Părți contractante, privind intrarea și sederea străinilor, conțin dispoziții mai avantajoase, se vor aplica aceste dispoziții.

Articolui 14

(1) Navele celor două Părți pot staționa, pe timp de zi și de noapte, în următoarele locuri:

- a) în porturi de încărcare și de descărcare;
- b) în porturi de pe parcurs, inclusiv porturi de frontieră;
- c) în locuri de pe parcurs, admise de regulamentul de navigație, dacă organele vamale nu au stabilit locuri speciale de acostare.

(2) În cazul unei avarii, al unui accident, al unei îmbolnăviri grave a unei persoane de la bord sau în alte cazuri care fac imposibilă continuarea voiajului, navele pot acosta în orice loc adecvat. În asemenea cazuri, căpitanul sau o persoană împoternicită de acesta trebuie să informeze neintirziat cel mai apropiat organ de frontieră, de vamă sau de poliție.

(3) Organele competente ale celor două Părți contractante acordă asistență necesară în caz de avarii sau accidente ale unor nave sau persoane ale celeilalte Părți. Această prevedere este valabilă și în cazul îmbolnăvirilor care necesită asistență medicală de urgență.

(4) În caz de avari sau accidente grave ale unor nave sau persoane ale unei Părți pe teritoriul celeilalte Părți contractante, Partea contractantă pe al cărei teritoriu a avut loc evenimentul va înștiința neintirziat cealaltă Parte contractantă, va lua măsurile necesare în vederea cercetării cauzelor evenimentului, va informa cealaltă Parte contractantă asupra rezultatelor și îi va transmite documentele necesare reglementării daunelor.

Articolui 15

(1) În scopul aducerii la îndeplinire și al controlării aplicării prezentului Acord, se înființează o Comisie mixtă. Comisia mixtă este compusă din cîte trei reprezentanți împoterniciți ai fiecărei Părți, care sunt desemnați de către Ministrul Federal al Transporturilor al Republicii Federale Germania, respectiv de către Ministrul Transporturilor al României.

Din partea Republicii Federale Germania, din Comisia mixtă vor face parte un reprezentant al Ministrului Federal al Transporturilor, în calitate de conducător de delegație, precum și cîte un reprezentant al întreprinderilor de navigație și al întreprinderilor de încărcare, desemnați de către Ministrul Federal al Transporturilor.

Pentru examinarea unor probleme specifice, fiecare Parte poate prevedea participarea unor experți.

La prima sa ședință, Comisia mixtă elaborează și aprobă un regulament de funcționare pentru activitatea sa.

(2) Comisia mixtă are, în special, următoarele atribuții:

- a) de a întâmpina Autorităților competente propunerii privind:
 - stabilirea căilor navigabile de tranzit (art. 4 par. 1);
 - participarea sub formă de cote-părți (art. 4 par. 2);
 - stabilirea porturilor fluviale (art. 3 par. 2 lit. c);
 - stabilirea navlurilor minime/maxime, precum și a condițiilor aferente acestora (art. 3 par. 5);
 - adaptarea prezentului Acord la dezvoltarea transportului pe căile navigabile interioare și soluționarea tuturor problemelor care rezultă din aplicarea prezentului Acord;
 - admiterea navelor din terțe țări la transportul direct;
- b) de a organiza consultări privind posibilitățile de stabilire a numărului maxim de voiaje în transportul direct (art. 3 par. 3) și în tranzit (art. 4 par. 3);
- c) de a înregistra statistic traficul de nave ale celor două Părți;
- d) de a supraveghea respectarea înțelegerilor stabiliți conform literelor (a) și aplicarea articolelor 9, 10 și 11;
- e) de a repartiza, dacă este necesar, volumele de transport pe întreprinderile de navigație ale celor două Părți conform art. 3 par. 4 și de a supraveghea repartizarea încărcăturilor.

(3) Navlurile minime/maxime, inclusiv condițiile aferente acestora, convenite în cadrul Comisiei mixte, vor fi prezentate de aceasta Autorităților competente spre aprobare. Autoritățile competente convin asupra intrării în vigoare a acestor hotărâri ale Comisiei mixte și își comunică reciproc, fără întârzieri, data intrării în vigoare a acestora conform legislației interne.

(4) Înțelegerile stabiliți în baza propunerilor, conform par. 2 litera (a) și par. 3, se realizează prin comunicarea reciprocă, de către Autoritățile competente, a acordului privind propunerile întâmpinate de Comisia mixtă.

(5) Dacă nu se poate ajunge la o înțelegere în cadrul Comisiei mixte, la cererea unei Părți contractante, reprezentanții Autorităților competente ale celor două Părți contractante se vor întâlni pentru consultări în termen de patru săptămâni.

Articolul 16

Autoritățile competente vor furniza Comisiei mixte, la cererea acesteia, acele documente de care are nevoie în vederea îndeplinirii atribuțiilor sale, conform art. 15.

Articolul 17

Ambarcațiunile de sport și de agrement ale celor două Părți pot folosi căile navigabile interioare ale celor două Părți contractante, cu respectarea reglementărilor legale naționale respective.

Articolul 18

Prezentul Acord nu afectează drepturile și obligațiile Republiei Federale Germania, decurgind din Actul de la Mannheim din 1868 față de statele contractante la acest Act și nici drepturile și obligațiile României, decurgind din Convenția de la Belgrad din 1948 față de statele contractante la această Convenție.

Articolul 19

(1) Prezentul Acord se încheie pentru o perioadă nelimitată de timp.

(2) Prezentul Acord intră în vigoare după 30 zile de la data la care Părțile contractante își vor comunica în scris, pe cale diplomatică, îndeplinirea cerințelor legislației interne pentru intrarea în vigoare a acestuia.

(3) Prezentul Acord poate fi denunțat de către fiecare Parte contractantă în scris, pe cale diplomatică, cu șase luni înainte de sfîrșitul anului calendaristic. În acest caz, Acordul își pierde valabilitatea după expirarea acestui an calendaristic.

(4) Protocolul anexat este parte integrantă a prezentului Acord.

Incheiat la Bonn la data de 22. octombrie 1991 în două exemplare originale, în limba germană și limba română, ambele texte având aceeași valabilitate.

Pentru Guvernul
Republiei Federale Germania:

MARIO V. MATUSCHKA
GÜNTHER KRAUSE

Pentru Guvernul
von Rumâniei:

R. COMSA

PROTOCOL

Cu ocazia semnării Acordului privind navigația pe căile navigabile interioare, Guvernul Republicii Federale Germania și Guvernul României au convenit următoarele, care fac parte integrantă din prezentul Acord:

1. Drepturi de transport

Pentru a asigura o aplicare unitară a Acordului, cele două Părți contractante au convenit să considere următoarele sensuri ale termenilor folosiți în legătură cu drepturile de transport

(1) **Transport direct:**

Transportul pasagerilor și/sau mărfurilor cu o navă a unei Părți de pe teritoriul unei Părți contractante pe teritoriul celeilalte Părți contractante exclusiv pe acele căi navigabile interioare care leagă între ele teritoriile celor două Părți contractante.

(2) **Transport în tranzit:**

Transportul pasagerilor și/sau mărfurilor cu o navă a unei Părți pe căile navigabile interioare de pe teritoriul celeilalte Părți contractante, fără ambarcarea sau debarcarea pasagerilor, respectiv fără încărcarea sau descărcarea mărfurilor în timpul trecerii.

(3) **Transport în terță țară:**

Transportul pasagerilor și/sau mărfurilor, cu o navă a unei Părți, dintr-o terță țară pe teritoriul celeilalte Părți contractante sau invers.

(4) **Cabotaj:**

Transportul pasagerilor și/sau mărfurilor cu o navă a unei Părți între locuri de încărcare și de descărcare situate pe căile navigabile interioare de pe teritoriul celeilalte Părți contractante.

În vederea stabilirii drepturilor de transport care trebuie considerate, criteriul determinant este cel al tronsonului pe care nava respectivă transportă și nu cel privind originea și localitatea de destinație a mărfurii transportate.

2. Autorizația specială de navigație menționată la art. 1 al Acordului este cea din art. 2 al legii cu privire la obligațiile navigației fluviale din 4 august 1986 (B.G.B.I. I. S. 1271).

3. Cele două Părți contractante vor efectua schimbul de documente prevăzute la art. 13 par. 5 înainte de intrarea în vigoare a Acordului.
4. Pentru acele transporturi în tranzit care nici nu încep și nici nu se termină pe teritoriile celor două Părți contractante, se va conveni, la cererea unei Părți contractante și în baza unei propunerii a Comisiei mixte, asupra unei participări sub formă de cote-părți a întreprinderilor de navigație ale celor două Părți.

Incheiat la Bonn, la date de 22. octombrie 1991 în două exemplare originale, în limba germană și limba română, ambele texte având aceeași valabilitate.

Pentru Guvernul
Republicii Federale Germania:

MARIO V. MATUSCHKA
GÜNTHER KRAUSE

Pentru Guvernul
von Rumâniei:

R. COMSA

[TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT¹ BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE GOVERNMENT OF ROMANIA CONCERNING NAVIGATION ON INLAND WATERWAYS

The Government of the Federal Republic of Germany and
 The Government of Romania,
 Desiring to develop further the inland navigation of both countries,
 Bearing in mind the Final Act of the Conference on Security and Cooperation in Europe (CSCE)² and the documents of the subsequent meetings of CSCE, particularly the conditions contained therein concerning the development of navigation,
 Have agreed as follows:

Article 1

For the purposes of this Agreement,

(a) "German ships" means inland vessels registered in a German inland ship registry that may be operated at their place of registration as passenger and/or cargo carriers without special authorization;

(b) "Romanian ships" means inland vessels registered in an administrative register of Romanian inland vessels and travelling under the Romanian flag that may be operated as passenger and/or cargo carriers;

(c) "Lighters" means vessels within the meaning of subparagraphs (a) or (b) that are unmanned and non-motorized;

(d) "Shipping companies" means shipping companies or employers that have their permanent headquarters or residence in the territory of one of the two Contracting Parties;

(e) "Competent authorities" means the Federal Ministry of Transport of the Federal Republic of Germany and the Ministry of Transport of Romania, unless they notify each other that other authorities or bodies shall be competent;

(f) "Ports" means ports and officially approved transshipment points and passenger carrier docking points in the territory of the Contracting Parties.

Article 2

1. German ships may navigate Romanian waterways and Romanian ships may navigate German waterways in accordance with articles 3 to 6 and use ports and officially approved berths.

2. Paragraph 1 also applies with respect to the transport of floating equipment and floating objects, as well as to the transfer of newly built vessels.

¹ Came into force on 9 July 1993, i.e., 30 days after the date on which the Contracting Parties had notified each other (on 9 June 1993) of the completion of the national requirements, in accordance with article 19 (2).

² *International Legal Materials*, vol. XIV (1975), p. 1292 (American Society of International Law).

3. Navigation shall be regulated according to the domestic laws of the Contracting Party whose inland waterways are being navigated.

Article 3

1. German and Romanian ships may carry persons and/or freight between German and Romanian ports via the waterways connecting them (reciprocal traffic).

2. In reciprocal traffic, German and Romanian ships may carry persons and/or freight between a port in the territory of one of the Contracting Parties and one of the following ports in the territory of the other Contracting Party, and vice versa:

(a) A seaport;

(b) A port that lies directly on the route to a seaport;

(c) A port that the competent authority has designated upon proposal of the Joint Committee (article 15).

3. The competent authority of each Contracting Party may, after consultation in the Joint Committee, establish maximum quotas of journeys for the navigation of its waterways in reciprocal traffic in exceptional cases for technical reasons or for reasons of ship safety.

4. In reciprocal traffic, the shipping companies of both parties shall share the volume of traffic equally and continuously throughout the year. The apportionment shall be on the basis of cargo tonnage. If the shipping companies of one Party are unable to carry their share, they must first of all offer this load to shipping companies of the other Party without its being charged against the latter's transport quota.

5. At the request of the competent authority of either Contracting Party, the economically viable minimum and maximum carriage rates and supplementary conditions shall be agreed upon on the basis of a proposal by the Joint Committee.

6. Ships other than those referred to in article 1, subparagraphs (a) and (b), may participate in reciprocal traffic between the ports of the two Parties only to the extent agreed upon on the basis of a proposal by the Joint Committee.

7. The participation of ships from a third State in traffic between the ports of both Parties shall be charged against the quota of the delivering Party.

Article 4

1. German and Romanian ships may carry passengers and/or freight through the territory of the other Contracting Party on those stretches that have been agreed upon by the competent authorities on the basis of a proposal of the Joint Committee (transit traffic).

2. Upon proposal of a Contracting Party, a quota-based apportionment of the shipping companies of the two Parties in cargo transit in accordance with paragraph 1 may be agreed upon on the basis of a proposal of the Joint Committee. This shall be done especially when the ships of one Party are excluded from this cargo traffic.

3. Each Contracting Party may, after consultation in the Joint Committee, establish maximum quotas of journeys for the navigation of its waterways in reciprocal traffic in exceptional cases for technical reasons or for reasons of ship safety.

Article 5

German and Romanian ships may carry persons and/or freight between a port in the territory of the other Contracting Party and a port in a third State and vice versa (third-country traffic) only on the basis of special permission of the respective competent authority.

Article 6

The carrying of persons and/or freight between ports in the territory of the other Contracting Party (cabotage) is permitted only on the basis of special permission of the competent authority.

Article 7

1. Each Contracting Party shall, on its stretch of the Danube, recognize the certificate of qualification for the crew (including that of the ship captain) and the navigability certificate issued by the other Contracting Party.

2. For navigation on other inland waterways — with the exception of the Rhine, the Mosel, and shipping lanes to which special regulations apply — the competent authorities shall, on presentation of the documents and certificates issued in the territory of the other Contracting Party, issue the prescribed documents and certificates relating to the ship, and to its crew and cargo (e.g., navigability certificate and master's certificate), provided that the documents and certificates are issued in the territory of one Contracting Party on terms compatible with the regulations in force in the territory of the other Contracting Party.

Article 8

Ships may carry dangerous cargo only if they possess a valid certificate of authorization as prescribed for the waterway in question.

Article 9

Each Contracting Party shall treat the ships of the other Party with respect to the traffic rights granted to them under articles 2 to 6 in the same manner as it treats its own ships, especially with regard to:

- (a) The levying of public shipping and port charges;
- (b) The use of public port installations, berths, sluices and similar navigational facilities;
- (c) Clearance by the competent authorities;
- (d) The supply of fuel and lubricants.

Article 10

Each Contracting Party shall grant the ships of the other Party the same treatment with respect to customs clearance of the food and ship's provisions carried on board as it grants to its own ships. The same shall apply to fuel and lubricants to be used on the ships.

Article 11

- 1. The shipping companies of both Parties may establish agencies for the care of ships and crew in the territory of the other Contracting Party in compliance with

the laws in force there and after receiving permission by the competent authority on the basis of reciprocity.

2. The shipping companies of both Parties may make agreements concerning operational, technical and commercial cooperation in order to promote the profitability of their relations with one another.

Article 12

The shipping companies of both Parties have the right to transfer freely to the seat of these companies the difference that results from income and expenditures for carrying persons and goods. The transfer shall occur immediately on the basis of the official exchange rate in a convertible currency. If the type of payment is regulated in a payment agreement between the Contracting Parties, then this agreement shall be applied.

Article 13

1. In order to cross the border, the crew members of the ships shall require a travel document and a residence permit in the form of a visa.

2. Only crew members shall, as a matter of principle, be allowed on board cargo ships. On passenger and cargo ships, the crew members and their spouses and unmarried children who are minors may cross the border if they are in possession of the document specified in paragraph 1 and a visa. Children under the age of 16 may be included in the travel document of one of their parents.

3. On the Danube, crew members of German and Romanian ships shall not require a visa in order to cross the border or to remain on board or within dock areas on the Danube provided that they are in possession of a Danube shipping pass and are registered as members of the crew. The same shall apply to the spouses of the crew members listed in the Danube shipping passes and their children under 16 years of age.

4. All persons on board referred to in paragraphs 1 to 3 must be registered in the crew list.

5. The Contracting Parties shall exchange specimens of the documents referred to in paragraphs 1 and 3.

6. Insofar as the legal provisions of a Contracting Party contain more favourable regulations concerning the entry and stay of foreigners, such provisions shall prevail.

Article 14

1. The ships of both Parties may moor day or night at the following places:

- (a) Ports of loading and discharge;
- (b) Ports along the route, including border ports;
- (c) Places along the route authorized by the traffic regulations,

insofar as customs authorities have not determined specific docking ports.

2. In the event of a collision, an accident or serious illness of a person on board, or if there are other reasons that render a continuation of the run impossible, ships may berth at any appropriate place. In such cases, the ship's captain or a

person authorized by him shall immediately inform the nearest border, customs or police authorities.

3. The competent authorities of both Contracting Parties shall provide the required assistance in cases of collisions in which ships or persons of the other Party are involved. This shall also apply in case of illnesses that require immediate medical care.

4. In the case of severe collisions or accidents involving ships or persons of one Party in the territory of the other Contracting Party, the Contracting Party in whose territory such an event has occurred shall immediately notify the other Contracting Party, take the necessary steps to investigate the causes of the incident, inform the other Contracting Party of the results, and submit the reports that are required for the settlement of claims.

Article 15

1. For the implementation and the monitoring of the application of this Agreement, a Joint Committee shall be established. The Joint Committee shall comprise three authorized representatives of each Party, who shall be designated respectively by the Federal Minister of Transportation of the Federal Republic of Germany and the Minister of Transportation of the Government of Romania.

For the Federal Republic of Germany, a representative of the Federal Minister of Transportation shall belong to the Joint Committee as delegation leader, as shall one representative designated by the Federal Minister of Transportation of the Federal Republic of Germany each from the shipping companies and the shipping industry.

For the examination of individual issues, each Party may call upon experts.

The Joint Committee shall draw up and approve its rules of procedure at its first meeting.

2. The functions of the Joint Committee shall be in particular:

(a) To submit to the competent authorities proposals regarding:

- Determination of transit waterways (article 4, paragraph 1),
- Quota-based apportionment (article 4, paragraph 2),
- Determination of inland ports (article 3, paragraph 2 (c)),
- Determination of minimum and maximum carriage rates and the conditions associated therewith (article 3, paragraph 5),
- Adjustment of this Agreement to the development of inland navigation and the resolution of all questions arising from the implementation of this Agreement;
- Admission of ships of third countries to reciprocal traffic;

(b) To conduct consultations on the possibility of determining maximum quotas of reciprocal traffic runs (article 3, paragraph 3) and transit traffic runs (article 4, paragraph 3);

(c) To record statistics on the shipping traffic of both Parties;

(d) To monitor compliance with the agreements made in accordance with subparagraph (a) and the implementation of articles 9, 10, and 11; and

(e) To apportion transport cargo to the shipping companies of both Parties as required in accordance with article 3, paragraph 4, and to monitor the apportionment of cargo.

3. The minimum and maximum carriage rates and the supplementary conditions on which the Joint Committee has agreed shall be submitted by the Joint Committee to the competent authorities for approval. The competent authorities shall agree upon the entry into force of these decisions and shall notify each other immediately when they enter into force in accordance with domestic law.

4. The arrangements provided for on the basis of the proposals referred to in paragraph 2 (a) and paragraph 3 shall take effect when the competent authorities notify one another of their concurrence with the proposals submitted to them by the Joint Committee.

5. If full agreement is not reached in the Joint Committee, the representatives of the competent authorities shall, at the request of either Contracting Party, meet for consultations within four weeks.

Article 16

The competent authorities shall transmit to the Joint Committee at its request such documents as it may require for the performance of its functions under article 15.

Article 17

Pleasure craft of both Contracting Parties may use the inland waterways of both Contracting Parties, subject to compliance with the respective domestic laws.

Article 18

The rights and responsibilities of the Federal Republic of Germany under the Mannheim Act of 1868 vis-à-vis the Contracting States of this Act and the rights and responsibilities of Romania under the Belgrade Danube Convention of 1948¹ vis-à-vis the Contracting Parties of this Convention shall not be affected by this Agreement.

Article 19

1. This Agreement is concluded for an indefinite period.

2. This Agreement shall enter into force 30 days after the date on which the Contracting Parties have notified one another in writing through the diplomatic channel that the requirements for the entry into force of this Agreement have been fulfilled.

3. This Agreement may be denounced by either Contracting Party by giving notification in writing through the diplomatic channel six months before the end of a calendar year, in which case the Agreement shall cease to have effect at the end of that calendar year.

4. The annexed Protocol is an integral part of this Agreement.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 33, No. I-518.

Vol. 1910, I-32542

DONE at Bonn on 22 October 1991 in two originals, in German and Romanian,
both texts being equally authentic.

For the Government
of the Federal Republic of Germany:

MARIO VON MATUSCHKA
GÜNTHER KRAUSE

For the Government
of Romania:

R. COMSA

PROTOCOL

The Government of the Federal Republic of Germany and the Government of Romania have, on the occasion of the signing of the Agreement concerning Navigation on Inland Waterways, made the following agreements that shall be an integral part of the Agreement:

1. **Traffic rights**

In order to ensure uniform application of the Agreement, the Contracting Parties have agreed on the following substantive interpretation of traffic rights:

(1) *Reciprocal traffic:*

Carriage of passengers and/or freight by a ship of one of the Parties from the territory of one Contracting Party to the territory of the other Contracting Party exclusively on such inland waterways as link the national territories of the two Contracting Parties.

(2) *Transit traffic:*

Carriage of passengers and/or freight by a ship of one Party on inland waterways through the territory of the other Contracting Party, with no passengers boarding or disembarking and no freight being taken on or discharged in the course of such passage.

(3) *Third-country traffic:*

Carriage of passengers and/or freight by a ship of one Party from a third country to the territory of the other Contracting Party or vice versa.

(4) *Cabotage:*

Carriage of passengers and/or freight by a ship of one Party between loading and unloading points on inland waterways in the territory of the other Contracting Party.

In determining which traffic right is being exercised, the decisive criterion shall be the carriage engaged in by the ship in question, not the origin or destination of the freight carried.

2. The specific navigation right mentioned in article 1 derives from article 2 of the Inland Navigation Duties Law of 4 August 1986 (Official Gazette 1, p. 1271).

3. The two Contracting Parties shall carry out the exchange of documents provided for in article 13, paragraph 5, before the entry into force of the Agreement.

4. For transit traffic that neither begins nor terminates in the territory of either Contracting Party, a quota-based apportionment of the shipping companies of both Parties shall be agreed upon at the request of a Contracting Party and on the basis of a proposal of the Joint Committee.

DONE at Bonn on 22 October 1991 in two originals, in German and Romanian,
both texts being equally binding.

For the Government
of the Federal Republic of Germany:

MARIO VON MATUSCHKA

GÜNTHER KRAUSE

For the Government
of Romania:

R. COMSA

[TRADUCTION — TRANSLATION]

ACCORD¹ ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LE GOUVERNEMENT DE LA ROUMANIE RELATIF À LA NAVIGATION SUR LES VOIES D'EAU INTÉRIEURES

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la Roumanie,

Désireux de développer plus avant la navigation sur les voies d'eau intérieures de leurs deux pays,

Considérant l'Acte final de la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe², en particulier ses dispositions concernant le développement des transports,

Sont convaincus de ce qui suit :

Article premier

Au sens du présent Accord, on entend par :

a) « Navires allemands » : les navires de navigation intérieure inscrits officiellement sur un registre allemand de la navigation intérieure qui peuvent être utilisés pour le transport de passagers ou de marchandises sans autorisation spéciale;

b) « Navires roumains » : les navires de navigation intérieure inscrits officiellement sur un registre de la navigation roumaine et battant pavillon roumain qui peuvent être utilisés pour le transport de passagers ou de marchandises;

c) « Allèges » : les embarcations visées aux alinéas *a* et *b* du présent article qui n'ont pas d'équipage et qui ne sont pas motorisées;

d) « Entreprises de navigation » : des entreprises/sociétés ou entrepreneurs de navigation qui ont le siège de leur entreprise ou leur domicile permanent sur le territoire de l'une des Parties contractantes;

e) « Autorités compétentes » : le Ministre fédéral des transports de la République fédérale d'Allemagne et le Ministre des transports de la Roumanie, pour autant qu'ils ne se notifient pas mutuellement que d'autres autorités ou organes sont compétents;

f) « Ports » : les ports ou points de transbordement officiellement autorisés (ainsi que les points d'accostage pour les passagers) sur le territoire des Parties contractantes.

Article 2

1. Sous réserve des dispositions des articles 3 à 6 du présent Accord, les navires allemands sont autorisés à emprunter les voies d'eau intérieures roumaines

¹ Entré en vigueur le 9 juillet 1993, soit 30 jours après la date à laquelle les Parties contractantes s'étaient notifiées (le 9 juin 1993) l'accomplissement des formalités requises, conformément au paragraphe 2 de l'article 19.

² *Documents d'actualité internationale*, nos 34-35-36 (26 août-2 et 9 septembre 1975), p. 642 (La Documentation française).

et les navires roumains sont autorisés à emprunter les voies d'eau intérieures allemandes ainsi que les ports et les points d'accostage officiellement autorisés.

2. Les dispositions du paragraphe 1 du présent article s'appliquent *mutatis mutandis* au transport d'engins et de matériel flottants ainsi qu'au transfert de navires sortant de chantiers de construction.

3. La navigation est régie par le droit de la Partie contractante sur le territoire de laquelle sont situées les voies d'eau intérieures empruntées.

Article 3

1. Les navires allemands et les navires roumains sont autorisés à transporter des passagers et des marchandises entre un port allemand et un port roumain et inversement en empruntant les voies d'eau intérieures qui les relient (trafic réciproque).

2. En trafic réciproque, les navires allemands et les navires roumains sont autorisés à transporter des passagers et des marchandises entre un port situé sur le territoire de l'une des Parties contractantes et l'un des ports énumérés ci-après situé sur le territoire de l'autre Partie contractante, et inversement :

a) Port maritime;

b) Port qui se trouve sur l'itinéraire direct conduisant à un port maritime;

c) Port désigné par les autorités compétentes sur proposition de la Commission mixte (article 15).

3. Après consultation au sein de la Commission mixte, les autorités compétentes de chaque Partie contractante peuvent exceptionnellement, pour des raisons techniques ou pour respecter la sécurité des navires qui naviguent sur leurs eaux intérieures en trafic réciproque, déterminer un nombre maximal de voyages.

4. En trafic réciproque, les navires des deux Parties contractantes se partagent à égalité les quantités transportées tout au long de l'année. La répartition est calculée sur la base du tonnage transporté. Si les entreprises de navigation de l'une des Parties contractantes ne sont pas en mesure de transporter leur part, elles proposent d'abord aux entreprises de navigation de l'autre Partie contractante de transporter l'excédent sans qu'il vienne en déduction de la portion du trafic qui leur revient.

5. A la demande de l'une ou l'autre Partie contractante et sur proposition de la Commission mixte, le nombre minimal et le nombre maximal de parcours économiquement rentables ainsi que les conditions afférentes sont déterminés avec force obligatoire.

6. En trafic réciproque entre les ports des deux Parties contractantes, la participation des navires autres que ceux qui sont visés aux alinéas *a* et *b* de l'article premier du présent Accord n'est autorisée que pour autant qu'il en est convenu sur proposition de la Commission mixte.

7. La participation de navires de pays tiers au trafic entre les ports des deux Parties contractantes vient en déduction de la quote-part de la Partie qui offre la participation.

Article 4

1. Les navires allemands et les navires roumains sont autorisés à transporter des passagers et des marchandises à travers le territoire de l'autre Partie contrac-

tante sur les tronçons dont il est convenu entre les autorités compétentes sur proposition de la Commission mixte (trafic de transit).

2. A la demande de l'une des Parties contractantes, sur proposition de la Commission mixte, les autorités compétentes peuvent convenir d'une participation, sous forme de quote-part, des entreprises de navigation de chacune des Parties contractantes au transport des marchandises conformément aux dispositions du paragraphe 1 du présent article. Il en est ainsi notamment lorsque les navires d'une Partie sont exclus de cette participation.

3. Après consultation au sein de la Commission mixte, chacune des Parties contractantes peut déterminer un nombre maximal de parcours de ses eaux intérieures en transit dans des cas exceptionnels pour des raisons techniques ou pour respecter la sécurité des navires.

Article 5

Les navires allemands et les navires roumains ne peuvent transporter des passagers ou des marchandises entre un port de l'autre Partie contractante et un port situé dans un Etat tiers (trafic dans un pays tiers) et inversement que sur autorisation spéciale des autorités compétentes dans chaque cas.

Article 6

Le transport de passagers et/ou de marchandises entre des ports situés sur le territoire de l'autre Partie contractante (cabotage) n'est admis que sur autorisation spéciale des autorités compétentes.

Article 7

1. En ce qui concerne la navigation sur le tronçon du Danube qui se trouve sur son territoire, chaque Partie contractante reconnaît les documents et certificats relatifs aux navires et à leur équipage (y compris au commandant) délivrés par l'autre Partie contractante.

2. En ce qui concerne la navigation sur les autres voies d'eau intérieures à l'exception du Rhin, de la Moselle et des voies navigables maritimes qui font l'objet d'une réglementation spéciale — les autorités compétentes délivrent les documents et certificats prescrits sur leur territoire sur présentation des documents et certificats obtenus sur le territoire de l'autre Partie pour le navire concerné, son équipage et sa cargaison. La condition est que les documents et certificats délivrés par l'une des Parties contractantes sur son territoire le soient à des conditions considérées suffisantes par la réglementation en vigueur sur le territoire de l'autre Partie contractante.

Article 8

Les navires ne peuvent transporter de marchandises dangereuses que s'ils possèdent les autorisations valables prévues pour les voies d'eau qu'ils empruntent.

Article 9

Chacune des Parties contractantes applique le même traitement qu'à ses propres navires aux navires de l'autre Partie contractante en ce qui concerne les droits de trafic qui leur sont accordés conformément aux dispositions des articles 2 à 6 du présent Accord; ceci vaut particulièrement pour :

- a) La perception des redevances dues pour les parcours et des redevances portuaires;
- b) L'utilisation des installations portuaires, postes d'amarrage, écluses et autres installations portuaires publiques;
- c) Les formalités exigées par les autorités compétentes;
- d) La fourniture de carburants et de lubrifiants.

Article 10

Chacune des Parties contractantes applique aux navires de l'autre Partie contractante le même traitement que celui qu'elle accorde à ses propres navires en ce qui concerne le dédouanement des provisions de bouche et autres à bord. Il en est de même des carburants et lubrifiants destinés au navire.

Article 11

1. Les entreprises de navigation des deux Parties contractantes sont autorisées à installer sur le territoire de l'autre Partie contractante, sous réserve de l'application du droit de celle-ci et après que les autorités compétentes en aient donné autorisation sur une base de réciprocité, des bureaux chargés de s'occuper des navires et de leur équipage.

2. Afin d'améliorer les conditions économiques de leur navigation, les entreprises de navigation des deux Parties contractantes peuvent convenir de dispositions favorables à leur coopération dans les domaines administratifs, techniques et commerciaux.

Article 12

Les entreprises de navigation de chacune des Parties contractantes sont autorisées à transférer librement à leur siège la différence entre les recettes et les dépenses résultant du transport de passagers et de marchandises. Le transfert se fait sans retard, en une devise convertible, sur la base du taux de change officiel. Si un accord de paiement définissant les modalités de paiement existe entre les Parties contractantes, il est d'application.

Article 13

1. Pour franchir la frontière, les membres de l'équipage des navires allemands et des navires roumains doivent être munis d'un document de voyage et d'une autorisation de séjour consistant en un visa.

2. Seuls les membres de l'équipage peuvent, en principe, se trouver à bord des navires qui transportent du fret. Les navires qui transportent des passagers ou du fret peuvent transporter, en plus des membres de leur équipage, les conjoints et les enfants mineurs non mariés de ceux-ci, à l'aller et au retour, à condition qu'ils soient en possession d'un document visé au paragraphe 1 du présent article et d'un visa. Les enfants de moins de 16 ans peuvent être inscrits sur le document de voyage de l'un de leurs parents.

3. Sur le Danube, les membres de l'équipage des navires allemands et des navires roumains peuvent traverser la frontière et séjournner à bord ainsi que dans le périmètre portuaire des ports danubiens sans visa de séjour à condition d'être titulaires d'un document de batelier du Danube et d'être inscrits sur la liste des mem-

bres de l'équipage. Il en est de même des conjoints et des enfants de moins de 16 ans des membres de l'équipage s'ils sont inscrits sur le document de batelier du Danube.

4. Toutes les personnes qui se trouvent à bord et sont visées aux paragraphes 1 à 3 du présent article doivent être inscrites sur une liste de l'équipage.

5. Les deux Parties contractantes échangent des modèles des documents visés aux paragraphes 1 et 3 du présent article.

6. Si la réglementation de l'une des Parties contractantes prévoit des dispositions plus favorables concernant l'entrée et le séjour des étrangers sur son territoire, ce sont ces dispositions qui s'appliquent.

Article 14

1. A moins que les autorités douanières ne définissent de postes d'amarrage particuliers, les navires des deux Parties contractantes peuvent accoster de jour et de nuit :

a) Dans les ports d'embarquement/chargement et de débarquement/déchargement;

b) Dans les ports situés le long du parcours y compris les ports frontaliers;

c) Aux endroits admis par la réglementation le long du parcours.

2. En cas d'avarie, d'accident, de maladie grave d'une personne se trouvant à bord ou d'autres raisons qui rendent impossible la poursuite du parcours, le navire peut accoster à tout endroit qui s'y prête. Dans ce cas, le commandant du navire ou une autre personne déléguée par lui avertit immédiatement les autorités frontalières ou douanières ou les services de police les plus proches.

3. Les autorités compétentes de chaque Partie contractante apportent l'assistance nécessaire en cas d'avarie ou d'accident subi par les navires ou les passagers de l'autre Partie contractante. Il en est de même en cas de maladie qui nécessite une intervention médicale immédiate.

4. En cas d'avarie ou d'accident grave subi par un navire ou un passager de l'une des Parties contractantes sur le territoire de l'autre, la Partie sur le territoire de laquelle l'accident est survenu en avise sans retard l'autre Partie qui prend les mesures nécessaires pour enquêter sur les causes de l'incident, informe l'autre Partie des résultats de cette enquête et transmet le protocole nécessaire pour la régularisation.

Article 15

1. Il est constitué une Commission mixte chargée de mettre en œuvre le présent Accord et d'en surveiller l'application. La Commission mixte est composée de trois représentants plénipotentiaires de chaque Partie contractante qui sont désignés par le Ministre fédéral des transports de la République fédérale d'Allemagne et le Ministre des transports du Gouvernement roumain.

La République fédérale d'Allemagne est représentée à la Commission mixte par un représentant du Ministère fédéral du transport, qui dirige la délégation, ainsi que par un représentant des entreprises de navigation et un représentant des transporteurs désignés par le Ministre fédéral des transports.

Chaque Partie contractante peut faire appel à des experts pour l'examen de questions particulières.

La Commission mixte établit et adopte l'ordre du jour de ses travaux à sa première séance.

2. La Commission mixte, en particulier :

a) Fait des propositions aux autorités compétentes en ce qui concerne :

- La détermination des voies d'eau intérieures de transit (par. 1 de l'article 4);
 - La prise de parts (par. 2 de l'article 4);
 - La détermination des ports intérieurs (alinéa 2, c de l'article 3);
 - La détermination des quantités maximales et minimales de fret et des conditions afférentes (par. 5 de l'article 3);
 - L'adaptation du présent Accord à l'évolution de la navigation sur les voies d'eau intérieures et le règlement de toutes les questions découlant de l'application du présent Accord;
 - La délivrance d'autorisations de trafic réciproque aux navires d'Etats tiers;
- b) Procède à des consultations au sujet des possibilités de détermination du nombre maximal de transits (par. 3 de l'article 3) et de parcours en trafic réciproque (par. 3 de l'article 4);
- c) Etablit des statistiques du trafic des navires des deux Parties contractantes;
- d) Veille au respect et à l'application des dispositions convenues conformément à l'alinéa a du présent paragraphe et des articles 9, 10 et 11 du présent Accord;
- e) Répartit le cas échéant les marchandises entre les entreprises de navigation des deux Parties contractantes conformément aux dispositions du paragraphe 4 de l'article 3 et surveille la répartition des cargaisons.

3. Les quantités minimales et maximales de fret, y compris les conditions y afférentes dont la Commission mixte est convenue, doivent être soumises par celle-ci à l'approbation des autorités compétentes. Les autorités compétentes conviennent de l'entrée en vigueur de ces conclusions de la Commission mixte et se notifient sans retard la date à laquelle ces dispositions entrent en vigueur conformément à leur législation.

4. Pour convenir des dispositions sur la base de propositions visées à l'alinéa a du paragraphe 2 et au paragraphe 3, les autorités compétentes se notifient mutuellement leur approbation des propositions qui leur sont soumises par la Commission mixte.

5. En l'absence d'accord entre les membres de la Commission mixte, les représentants des autorités compétentes se consultent dans un délai de quatre semaines sur demande de l'une ou l'autre Partie contractante.

Article 16

Les autorités compétentes remettent sur demande à la Commission mixte les pièces dont celle-ci a besoin pour s'acquitter des fonctions définies à l'article 15 du présent Accord.

Article 17

Les embarcations de sport des deux Parties contractantes peuvent emprunter les voies d'eau intérieures de celles-ci sous réserve du respect de la réglementation en vigueur sur le territoire où elles se trouvent.

Article 18

Le présent Accord ne modifie en rien les droits et obligations de la République fédérale d'Allemagne qui découlent de l'Acte de Mannheim de 1868 à l'égard des Etats parties à cet acte, ni les droits et obligations de la Roumanie qui découlent de la Convention de Belgrade relative au régime de la navigation sur le Danube¹ à l'égard des Etats parties à cette convention.

Article 19

1. Le présent Accord est conclu pour une durée indéterminée.

2. Le présent Accord entrera en vigueur 30 jours après la date à laquelle les deux Parties contractantes se seront通知ées par la voie diplomatique que les conditions pertinentes de leur droit interne sont remplies.

3. Le présent Accord peut être dénoncé à tout moment par l'une ou l'autre des Parties contractantes sur notification transmise par la voie diplomatique six mois avant la fin de chaque année civile. La dénonciation prend alors effet à la fin de cette année civile.

4. Le Protocole joint au présent Accord fait partie intégrante de celui-ci.

FAIT à Bonn, le 22 octobre 1991, en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et roumaine, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement
de la République fédérale d'Allemagne :

MARIO VON MATUSCHKA

GÜNTHER KRAUSE

Pour le Gouvernement
de la Roumanie :

R. COMSA

¹ Nations Unies, *Recueil des Traité*, vol. 33, n° I-518.

PROTOCOLE

Lors de la signature de l'Accord relatif à la navigation sur les voies d'eau intérieures, le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la Roumanie sont convenus des dispositions ci-après, qui font partie intégrante de l'Accord :

1. **Droits relatifs au trafic**

Afin d'assurer une application uniforme de l'Accord, les deux Parties sont convenues que les droits de trafic consistent en ce qui suit :

1) *Trafic réciproque* :

Transport de passagers ou de marchandises au moyen d'un navire de l'une des Parties contractantes à partir du territoire de l'une des Parties sur le territoire de l'autre, en empruntant exclusivement les voies d'eau intérieures qui relient les territoires des deux Parties contractantes.

2) *Trafic de transit* :

Transport de passagers ou de marchandises au moyen d'un navire de l'une des Parties contractantes sur des voies d'eau intérieures traversant le territoire de l'autre Partie, sans embarquement/chargement ni débarquement/déchargement de passagers ou de marchandises pendant le trafic.

3) *Trafic avec un pays tiers* :

Transport de passagers ou de marchandises au moyen d'un navire de l'une des Parties contractantes en provenance d'un pays tiers à destination du territoire de l'autre Partie ou inversement.

4) *Cabotage* :

Transport de passagers ou de marchandises au moyen d'un navire de l'une des Parties contractantes entre des points d'embarquement/chargement et de débarquement/déchargement situés le long de voies d'eau intérieures de l'autre Partie contractante.

Le critère qui détermine la nature du trafic est l'activité du navire considéré et non pas le lieu de provenance ou de destination de ce qui est transporté.

2. Les autorisations spéciales visées à l'article premier de l'Accord découlent de l'article 2 de la loi du 4 août 1986 relative aux fonctions de la navigation sur les voies d'eau intérieures (*Binnenschiffahrtsaufgabengesetz*) (BGBI.I S. 1271).

3. Les deux Parties contractantes procéderont à l'échange de documents visé au paragraphe 5 de l'article 13 avant l'entrée en vigueur de l'Accord.

4. En ce qui concerne le trafic de transit qui ne commence ni ne s'achève sur le territoire de l'une ou l'autre Partie contractante, à la demande de l'une d'elles et sur proposition de la Commission mixte, il est convenu d'une participation, définie par des quotes-parts, des entreprises de navigation des deux Parties.

FAIT à Bonn, le 22 octobre 1991, en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et roumaine, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement
de la République fédérale d'Allemagne :

MARIO VON MATUSCHKA

GÜNTHER KRAUSE

Pour le Gouvernement
de la Roumanie :

R. COMSA
